

# Gemeinschaftsschule

---

Es soll viel geprüft und evaluiert werden. Und „das bisher Erreicht und Bewährte“ soll behutsam – in Abstimmung mit allen Beteiligten – unter Umständen vielleicht sogar umgestellt werden. Wenn nicht noch etwas dazwischenkommt.

## SPD-Wahlprogramm

Unser Hauptziel ist ein leistungsfähiges und gerechtes Schulsystem. Die Thüringer Gemeinschaftsschule mit individueller Förderung und gemeinsamem Lernen aller Schüler bis einschließlich Klassenstufe 8 wird unser neues Angebot an Eltern, Schüler und Pädagogen. Wir wollen mittelfristig die Förderschulen durch Integration von Kindern mit Handicaps so weit es geht überflüssig machen. Lehrerinnen und Lehrer wollen wir entlasten. Sozialpädagogen ergänzen die Lehrerkollegien und konzentrieren sich auf die soziale und psychosoziale Betreuung der Schülerinnen und Schüler.

## Koalitionsvertrag

Es besteht auf beiden Seiten Übereinstimmung, auf der Basis des in Thüringen bisher Erreichten und Bewährten das Thüringer Schulsystem für längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 8 zu öffnen. Die Thüringer Gemeinschaftsschule soll durch gesetzliche Festschreibung als vollwertiges und gleichberechtigtes Angebot in der Thüringer Schullandschaft etabliert werden. Alle Schulträger sollen neben der Regelschule und dem Gymnasium eine gleichberechtigte Option für eine Gemeinschaftsschule bekommen.

Die Koalitionspartner schaffen die notwendigen personellen und inhaltlichen Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Umsetzung des „Gemeinsamen Unterrichts“. Die Feststellung des Förderbedarfs und die Trägerschaft der Förderung werden strukturell entkoppelt. Das Förderschulgesetz wird im Lichte der einschlägigen UN-Konvention geprüft.

# Lehrermangel

---

Im SPD- Wahlprogramm gab es noch einen perspektivischen Lehrermangel von 8000 Pädagogen. Im Koalitionsvertrag gibt es plötzlich nur noch einen Bedarf von 2500 „Vollzeitbeschäftigteneinheiten“ – für die der „Einstellungskorridor“ erweitert werden soll.

## SPD-Wahlprogramm

In den kommenden zehn Jahren gehen mehr als 8.000 Lehrerinnen und Lehrer altersbedingt in den Ruhestand. Das sind rund 40 Prozent der Lehrerschaft. Die

CDU-Landesregierung ignoriert diese Entwicklung. Wir müssen heute mehr junge Lehrer einstellen, sonst werden wir morgen die Lücke nicht mehr schließen können. Den Lehramtstudierenden an den Thüringer Hochschulen machen wir deshalb nach erfolgreichem Studium ein Übernahmeangebot um den Nachwuchs hier im Land zu halten. Zurzeit wandern fast alle ab.

## Koalitionsvertrag

Beide Seiten wollen einem drohenden Lehrermangel in Thüringen frühzeitig begegnen. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass bis 2015 ein Ersatzbedarf im Umfang von 2.500 Vollzeitbeschäftigteneinheiten (VBE) besteht. Um diesen Bedarf zu decken, werden die Ausbildungskapazitäten bedarfsgerecht erhöht und der Einstellungskorridor erweitert. Die Koalitionspartner sind sich weiterhin einig, dass durch geeignete Maßnahmen der kurzfristige Bedarf in den Grundschulen zu decken ist. Zur Sicherung des Ausbaus der Ganztagsangebote an den Schulen werden die erforderlichen pädagogischen Fachkräfte bereitgestellt. Für alle Maßnahmen werden die erforderlichen finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt.

# Mitbestimmung und Betriebsräte

---

Dieses Thema ist ein Kernpunkt des SPD-Wahlprogramms. Im Koalitionsvertrag tauchen die Begriffe „Mitbestimmung“ und „Betriebsräte“ nicht einmal mehr auf. Aber es soll wieder geprüft werden – und auf europäischer Ebene soll gestärkt werden.

## SPD-Wahlprogramm

Wir wollen starke Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte. Nur so kann das Lohnniveau in Thüringen spürbar angehoben werden. Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften gesetzliche Möglichkeiten schaffen, um Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen zur Einhaltung der am Ort der Auftragsausführung geltenden Tarifverträge beziehungsweise der Mindestentgelte zu verpflichten.

Wir halten an unserem Ziel fest, gesetzliche Mindestlöhne durchzusetzen. Erfahrungen bei unseren europäischen Nachbarn zeigen, dass diese ohne den Verlust von Arbeitsplätzen möglich sind.

Leiharbeit darf kein Dauerzustand sein – nach einer angemessenen Einarbeitungszeit müssen deshalb die gleiche Bezahlung und die gleichen Arbeitsbedingungen (equal pay) gelten wie für die Stammbeslegschaft. Leiharbeit muss unter den Schutz des Entsendegesetzes fallen. Auch Leiharbeit braucht Mitbestimmung. Der Einfluss der Betriebsräte auf die Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen aus den Zeitarbeitsfirmen muss erweitert werden.

Wir verbessern die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir werden die Stellung der Betriebs- und Personalräte stärken und darauf achten, dass Arbeitnehmermitbestimmung gängige Praxis wird.

## Koalitionsvertrag

Die Koalitionspartner wollen auch auf europäischer Ebene Arbeitnehmerrechte stärken und das Prinzip guter Arbeit für alle in den Vordergrund stellen. Darüber hinaus braucht das Soziale Europa für seine Verwirklichung handlungsfähige Gewerkschaften und starke Betriebsräte, um die arbeitende Bevölkerung in ihren Rechten zu stärken. Im Rahmen der gestärkten Integrationsverantwortung setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, dass auch auf europäischer Ebene die Arbeitnehmerrechte gestärkt werden.

Die gemeinsame Landesregierung wird eine "Initiative für eine höhere Tarifbindung in Thüringen" starten und Anreize für eine tariforientierte- und branchenübliche Entlohnung bei der Wirtschaftsförderung setzen.

CDU und SPD wollen den Anteil derjenigen Branchen und Arbeitnehmer, für die ein Mindestlohn gilt, ausbauen. Die Landesregierung wird diese Entwicklung unterstützen. Sie wird dabei alle Instrumente prüfen.

# Berufsausbildung

---

## SPD-Wahlprogramm

Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung wird konsequent an allen Thüringer Schulen angeboten. Die Zugänge zu beruflicher Bildung und Ausbildung für leistungsschwächere Jugendliche werden durch Förderangebote gezielt verbessert.

Jeder Jugendliche, der kann und will, erhält einen Ausbildungsplatz. Individuelle Fähigkeiten und der Fachkräftebedarf auf dem Arbeitsmarkt werden dabei berücksichtigt.

Die Ausbildung nach verschiedenen Berufsbildern werden wir erhalten. Eine Modularisierung der Berufsausbildung lehnen wir ab. Um unser Ziel zu erreichen, bauen wir auf ein neues Stufenmodell der dualen Ausbildung: Der erste Ausbildungsabschnitt vermittelt grundlegende Qualifikationen und Kernkompetenzen der Berufsgruppe und umfasst mindestens ein Jahr. Im zweiten Ausbildungsabschnitt folgen profilgebende Kompetenzen des Zielberufs. Die Vorteile: Durch das Bündeln von Ausbildungszweigen in Phase 1 können betriebsnahe Berufsschulstandorte erhalten bleiben. Das Auswahlangebot der Phase 2 öffnet darüber hinaus den Weg zu berufsbegleitendem Lernen, da aus den Angeboten später weitere Qualifikationen nachgeholt werden können.

Berufsschulen sollen sich auch Schritt für Schritt zu regionalen Zentren der Fort- und Weiterbildung entwickeln. Berufliche Gymnasien verbessern die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Regelschulabsolventen, sie sollen entsprechend weiter ausgebaut werden.

Wir entwickeln den Ausbildungspakt der Landesregierung zu einem Thüringer Bildungspakt. Gemeinsam mit den Sozialpartnern sollen – von der beruflichen

## Koalitionsvertrag

Die Abbrecherquote bei jungen Auszubildenden soll weiter sinken. Ein Ansatzpunkt ist die weitere Intensivierung der Berufswahlvorbereitung. Unser Ziel ist es, die Ausbildungsreife von Jugendlichen so zu verbessern, dass sie nach dem Schulabschluss ohne berufsvorbereitende Maßnahme eine Ausbildung beginnen können.

Die Koalitionspartner werden die Verbundausbildung, überbetriebliche Ergänzungslehrgänge und Lehrgänge zur Vermittlung von Zusatzqualifikationen sowie überbetriebliche Lehrunterweisungen im Handwerk fördern und so die Ausbildungsqualität auf hohem Niveau halten.

CDU und SPD wollen die Übernahmequote von der Ausbildung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die zuletzt angestiegen ist, verbessern und einem drohenden Rückgang als Folge der Wirtschaftskrise durch geeignete Projekte gegensteuern. Förderprogramme zur Beschäftigungssicherung junger Menschen nach der Ausbildung sind fortzuschreiben.

Die Koalitionspartner werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und den mit der Allianz für Fachkräftesicherung eingeschlagenen Weg fortsetzen. Kinderfreundlichkeit soll als Markenzeichen des Standorts Thüringen etabliert und innovative Ideen und Konzepte sollen für eine familienfreundliche Arbeitswelt verwirklicht werden.

# Familien und Kindergärten

---

Im SPD-Wahlprogramm werden Beitragsfreiheit von Kindergärten, gute Essensversorgung, Behindertenintegration, Gesamtelternvertretungen und Familienhebammen gefordert. Im Koalitionsvertrag steht nichts mehr davon. Nur die Absenkung des Rechtsanspruchs auf Betreuung ab dem 1. Lebensjahr wird übernommen.

## SPD-Wahlprogramm

Schrittweise werden Kinderkrippen und Kindergärten beitragsfrei.

Wir sorgen für eine gesunde, abwechslungsreiche und kostenfreie Essensversorgung in unseren Kinderkrippen und Kindergärten.

Kindergärten stehen allen offen. Integrative Angebote haben für uns Vorrang. Das gilt auch später für die Schule.

Wir setzen uns für die gesetzliche Legitimation von Gesamtelternvertretungen für Kindertageseinrichtungen auf Stadt- bzw. Landkreisebene ein. Wir kämpfen für eine Kita-Landeselternvertretung adäquat der Schulelternvertretungen, um elterliche Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte auf eine bessere Basis zu stellen.

Die Familienhebamme betreut künftig jedes Kind im ersten Lebensjahr – bei Bedarf auch darüber hinaus. Ihr regelmäßiger Hausbesuch verbindet damit Gesundheitsdienst und allgemeine Familienberatung. Darüber hinaus sorgen wir für Pflichtuntersuchungen und funktionierende Netzwerke der Kinder- und Jugendhilfe und der Gesundheitsdienste.

## Koalitionsvertrag

....